

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

10. Ministerrat

11. März 2020

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 21. Februar 2020, mit dem ein Beschluss vom 30. Jänner 2020 betreffend „Änderung der vergaberechtlichen Grundlagen bei der Beschaffung von Lebensmitteln für öffentliche Einrichtungen“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 14. Februar 2020, mit dem ein Beschluss vom 6. Februar 2020 betreffend „Ausweitung von Medizinstudienplätzen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 20. Februar 2020, mit dem eine EntschlieÙung vom 30. Jänner 2020 betreffend „rasche Asylverfahren“ vorgelegt wird.
4. E 9-NR/XXVII.GP vom 27. Februar 2020 betreffend „Achtung, Schutz und Gewährleistung der Presse- und Meinungsfreiheit in Europa“ (Wortlaut siehe Beilage).
5. E 10-NR/XXVII.GP vom 27. Februar 2020 betreffend „bessere Fortbildungsmöglichkeiten im Sicherheitsbereich“ (Wortlaut siehe Beilage).
6. E 11-NR/XXVII.GP vom 27. Februar 2020 betreffend „MaÙnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Menschen mit Behinderungen“ (Wortlaut siehe Beilage).
7. E 12-NR/XXVII.GP vom 27. Februar 2020 betreffend „Verurteilung von Antisemitismus und der BDS-Bewegung“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 27. Februar 2020

betreffend Achtung, Schutz und Gewährleistung der Presse- und Meinungsfreiheit in Europa

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich weiterhin aktiv für die Sicherheit von investigativen Journalistinnen und Journalisten, Menschenrechtsaktivistinnen und Menschenrechtsaktivisten in Europa und weltweit einzusetzen.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, sich auf europäischer Ebene für die Umsetzung der Empfehlungen der parlamentarischen Versammlung des Europarats sowie des UN-Sonderberichterstatters über Folter im Zusammenhang mit dem Fall Julian Assange einzusetzen.

Entschließung

des Nationalrates vom 27. Februar 2020

betreffend bessere Fortbildungsmöglichkeiten im Sicherheitsbereich

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, der Bundesminister für Kunst und Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, und die Bundesministerin für Justiz werden ersucht, die Gespräche zu einer Fortbildungskooperation und zu einer Neubewertung der Karrierewege für Justizwachebeamte zu intensivieren und insbesondere auch den Zugang der Justizwache zum Fortbildungsangebot der Fakultät Sicherheit an der FH Wiener Neustadt in diese Diskussionen einzubeziehen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 27. Februar 2020

betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Menschen mit Behinderungen

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, wird ersucht, ehestmöglich die Umsetzungsschritte vorzubereiten und zu setzen:

1. Feststellung der Arbeitsunfähigkeit von Menschen mit Behinderungen erst nach längerer Erprobungsphase unter Berücksichtigung der vielfältigen Unterstützungsangebote von AMS und Sozialministeriumsservice und unter Beiziehung einer berufskundigen Expertise.
2. Gemeinsame Erarbeitung der Umsetzungsschritte zur Einbeziehung der in Tagesstrukturen (Beschäftigungstherapien) tätigen Menschen mit Behinderungen in die gesetzliche Kranken- und Pensionsversicherung mit den Stakeholdern und den Ländern.
3. Erarbeitung bundeseinheitlicher Rahmenbedingungen zur „Persönlichen Assistenz“ und Prüfung der Schaffung eines Inklusionsfonds.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 27. Februar 2020

betreffend Verurteilung von Antisemitismus und der BDS-Bewegung

Der Nationalrat verurteilt jede Form von Antisemitismus, einschließlich israelbezogenen Antisemitismus, mit Nachdruck und fordert die Bundesregierung auf, diesen Tendenzen entschlossen und konsequent entgegenzutreten.

Die Bundesregierung wird weiters aufgefordert,

- eine ganzheitliche Strategie zur Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus als Teil ihrer Strategien zur Verhütung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus unter enger Einbeziehung aller relevanten Stellen zu entwickeln;
- die BDS-Bewegung und ihre Ziele, insbesondere den Aufruf zum Boykott von israelischen Produkten, Unternehmen, Künstlerinnen und Künstlern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern oder Sportlerinnen und Sportlern scharf zu verurteilen;
- Organisationen und Vereinen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, keine Räumlichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen;
- Veranstaltungen der BDS-Bewegung oder von Gruppen, die deren Ziele verfolgen, weder finanziell noch in anderer Form zu fördern.
- die Rolle Österreichs als hervorragende Stätte des internationalen Dialogs und Austausches weiter zu pflegen.